

## **DPG-Rundbrief – Juni III 2020**

Liebe DPG-Mitglieder,  
liebe Leserin, lieber Leser,

die Ankündigung der israelischen Regierung unter Federführung und Zustimmung der US-Administration unter Donald Trump, wesentliche Teile des so genannten „Deal des Jahrhunderts“ umzusetzen, schockiert die ganze Welt. Netanjahu und Trump brechen das Völkerrecht, missachten internationale Vereinbarungen und rauben der palästinensischen Bevölkerung Grund und Boden im Geiste des imperialistischen Kolonialismus.

Da die Palästinenserinnen und die Palästinenser über keine wirkungsvolle Lobby verfügen, werden sie bei diesem „Deal“ schon wieder betrogen werden.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft kann und will nicht tatenlos bleiben, auch gerade deshalb nicht, weil die Bundesregierung Israel kaum daran hindern kann und will. Wegen der Weigerung Österreichs und Ungarn, Israel nicht zu verurteilen, wird es keine gemeinsame EU-Verurteilung geschweige Druckmaßnahmen gegen Israel geben. Als mündige Bürgerinnen und Bürger erwarten wir, dass die deutsche Bundesregierung sich gegen das vorprogrammierte Unrecht mit drastischen Maßnahmen positioniert.

### **Eine Annexion wäre ein tödlicher Schlag für den Frieden Gastkommentar v. 21.6.2020 im Weser-Kurier**

von Dr. Detlef Griesche, DPG-Vizepräsident

Auf die von der neuen rechtsnationalen israelischen Regierung bekannt gewordenen Pläne zur Annexion der Siedlungen und des Jordantals folgten weltweit Proteste. Immer mehr wird in Deutschland kritisiert, dass sich Israel zu einem Apartheidstaat entwickelt. Menschenrechtler werden von Institutionen, die Israels Regierung unkritisch zur Seite stehen, als Antisemiten beschimpft. Dies verharmlost den tatsächlich gefährlichen Antisemitismus. In Israel selbst wird verschärft gewarnt. 56 ehemalige israelische Minister und Abgeordnete sagen offen, „eine Annexion würde ein tödlicher Schlag für eine Friedensmöglichkeit und die Schaffung eines Apartheid-Staats“ bedeuten. 300 Ex-Offiziere und Mossad-Chefs warnen: „Je größer die Kluft zwischen den israelischen Bürgern und den palästinensischen dauerhaften Anwohnern, desto mehr wird die Realität eine Apartheid sein.“ Für 50 UN-Menschenrechtsrat-Experten ist das die „Vision einer Apartheid des 21. Jahrhunderts“.

Zionistische Denker beschreiben die „nationale Wiederbelebung des jüdischen Volkes“ von jeher als „Rückkehr“ einer in der Fremde lebenden Nation in ihre historische Heimat. Dies ist die Folie, vor der die politische Entwicklung in Israel in den verschiedenen Phasen realisiert wird, allen Diskussionen über Frieden und Zweistaatlichkeit zum Trotz. 1947 betrug der Gebietsbesitz vor dem umstrittenen UNO-Teilungsbeschluss etwa 93 Prozent für die Palästinenser und sieben Prozent für die ursprünglich friedliebende kleine jüdische Gemeinschaft. Nun wird das von israelischen Siedlungen zersiedelte und nach allen Seiten vom Zugang zu anderen Ländern abgeschnittene Rest-Palästina nach den geplanten Annexionen nur noch etwa 15 Prozent des ursprünglichen Gebietes Palästina ausmachen – bei erheblich größerem Bevölkerungsanteil der Palästinenser. Der einzige Weg zum Frieden als Alternative zur zunehmend unrealistischeren Zwei-Staatenlösung wäre die Wandlung in einen Staat mit echter Demokratie für alle Einwohner des Landes.

Dies aber erscheint als Illusion angesichts der eklatanten Verstöße gegen Völkerrecht, der stillen Vertreibungspolitik, dem Bestreben, die palästinensische Identität auszulöschen und der jahrzehntelangen Ignoranz aller UN-Resolutionen und Grundsätze der 4. Genfer Konvention. Ziel war immer ein jüdischer Staat, wie er 2018 im Nationalstaatsgesetz von der Knesset festgeschrieben wurde. Dieser aber kann kein demokratischer Staat für alle Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten sein. Ist der Weg in den Apartheid-Staat also vorgezeichnet?



## Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

### Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10  
BIC: GENODED1SPK  
Steuernummer: 207/107/603315  
Vereinsregister Amtsgericht Köln VR 9394

### Präsident

Nazih Musharbash

### Vizepräsidenten

Dr. Detlef Griesche  
Ursula Mindermann  
Gisela Siebourg  
Dr. Ribhi Yousef

### Kontakt

**Nazih Musharbash**  
Hagenberg 58  
D-49186 Bad Iburg  
musharbash@t-onlie.de

DPG – Nazih Musharbash – Hagenberg 58 – 49186 Bad Iburg

Damen und Herren  
Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses  
des Deutschen Bundestages

Bad Iburg, 22.06.2020

### Annexionspläne der israelischen Regierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Einklang mit dem so genannten „Jahrhundertdeal“ des amerikanischen Präsidenten Donald Trump hat die neue israelische Regierung angekündigt, palästinensischen Grund und Boden im Westjordanland, auf dem völkerrechtswidrig jüdische Siedlungen errichtet wurden, weitere Flächen um Jerusalem und das fruchtbare und für die Palästinenser wirtschaftlich wichtige Jordantal zu annektieren.

Diese Annexionspläne stellen eine eklatante Verletzung bilateraler Vereinbarungen und internationalen Rechts dar. Sie stehen im Widerspruch zu allen bisher international vereinbarten Absprachen und torpedieren die Option der Zwei-Staaten-Lösung.

Die DPG erkennt, wie wir immer wieder betont haben, das besondere Verhältnis Deutschlands zu Israel an, ist jedoch der Auffassung, dass die israelisch-amerikanischen Annexionspläne inakzeptabel sind und mit allen Mitteln verhindert werden müssen. Das damit verbundene Unrecht, das vorsätzliche Brechen des Völkerrechts und eine Machtpolitik der Stärke dürfen nicht unter dem Vorwand des besonderen Verhältnisses hingenommen werden.

Ähnlich gelagerte Vorgehensweisen anderer Staaten werden und würden mit drastischen Maßnahmen belegt. Jegliche andere Haltung verstärkt die Annahme der stillschweigenden Duldung, der Willkür und der Doppelmoral.

Luxemburgs Außenminister sieht in diesem Zusammenhang gar keinen Unterschied zwischen der Krim-Annexion durch Russland und der vorgesehenen israelischen Annexion. Couragiert bezeichnet er die Einverleibung palästinensischen Bodens als Diebstahl, der nicht ohne weiteres hingenommen werden darf.

Die DPG fordert Sie deshalb auf, sich gegen das Unrecht und für die Einhaltung des Völkerrechts einzusetzen, die israelische Entscheidung nicht nur verbal zu verurteilen, sondern ihr mit adäquaten Maßnahmen entgegenzuwirken. Hierzu gehören zum Beispiel die **Annullierung des EU-Assoziierungsabkommens und die sofortige Anerkennung des Staates Palästina.**

Für eine zeitnahe Rückmeldung sind wir Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen  
Nazih Musharbash

Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.